

# Gemeinde Ellerau

## Der Bürgervorsteher + Der Bürgermeister



Gemeinde Ellerau – Berliner Damm 2 – 25479 Ellerau

An die Landtagsabgeordneten  
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

**Ihr Ansprechpartner:** Herr Thormählen

**Telefon** 04106/76 86-0

**Durchwahl** 04106/76 86-11

**Telefax** 04106/76 86-76

**E-Mail** [buergermeister@ellerau.de](mailto:buergermeister@ellerau.de)

**Internet** [www.ellerau.de](http://www.ellerau.de)

**Zimmer-Nr.** 22

**Ellerau, 07. März 2006**

## Verwaltungsstrukturreform

Sehr geehrter

Bitte gestatten Sie uns, dass wir uns in obiger Angelegenheit heute direkt an Sie wenden.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, kämpft die Gemeinde Ellerau gegen die Festlegung einer starren Einwohnergrenze von 8.000 als Maßstab für eine effiziente, leistungsfähige und kostengünstige Verwaltung. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Weg falsch ist und möchten dies anhand eines authentischen Beispiels in aller Kürze begründen:

Wie Sie vielleicht wissen, soll das Betriebsgelände von Jil Sander hier in Ellerau verkauft werden. Aus diesem Grund gibt es immer wieder Anfragen von Interessenten bei uns im Rathaus. In aller Regel sind die Vorhaben dieser Interessenten oder Investoren - und sind sie auch noch so interessant - mit den für das Gelände geltenden Bauvorschriften nicht in Einklang zu bringen, sodass hier eine Bauleitplanung notwendig wird. Unsere Verwaltung ist gemeinsam mit unseren politischen Gremien bekanntermaßen in der Lage, solch einen Bebauungsplan in sechs Monaten aufzustellen. Ein kurzer Zeitraum!

Wenn dieser Interessent aber morgen nicht mehr in das Ellerauer Rathaus gehen kann, weil dort keine eigene Verwaltung mehr ist, sondern in eine Nachbarverwaltung muss, dann wird man dort in die Akte schauen und dem Interessenten mitteilen: „Tut mir leid, dass was Sie vorhaben, ist dort leider nicht zulässig, aber wir haben hier an der Autobahn ein Gewerbegebiet, da sind noch Flächen frei.“

Völlig nachvollziehbar und verständlich, denn der Bürgermeister in der Nachbarverwaltung ist zunächst seinen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und nicht denen aus einer mitverwalteten Gemeinde.

Wir, die Kommunen im Hamburger Rand leben alle in Konkurrenz zueinander, ob wir das zugeben mögen oder nicht. Wir alle wollen Gewerbebetriebe ansiedeln, junge Familien in die Gemeinde holen und innovativ und vorbildlich in der Kinder- und Jugendbetreuung sein.

Wir hier in Ellerau sind auf diesen Feldern in den vergangenen Jahren ausgesprochen erfolgreich gewesen und viele unserer Nachbarn, die sich wegen der Verwaltungsstrukturreform heute keine Sorgen machen müssen, schauen neidisch auf das was wir hier geleistet haben.

Wenn wir nun diese Argumente der Landesregierung vortragen, dann werden diese mit fadenscheinigen Begründungen vom Tisch gewischt und stattdessen bekommen wir zu hören, dass es ja klar ist, „dass die Bürgermeister gegen die Reform sind, denen geht es ja nur um ihren Job, aber wir machen diese Reform eben nicht für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sondern für die Bürgerinnen und Bürger und die wollen das!“.

Aus diesem Grunde haben wir unsere Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurnen gerufen und anlässlich eines Bürgerentscheides am vergangenen Sonntag, den 05. März 2006 die Frage gestellt, ob Ellerau eine eigene hauptamtliche Verwaltung mit einem eigenen hauptamtlichen Bürgermeister behalten soll oder nicht.

### **Das Ergebnis war überwältigend!**

**90,56%** der Bürgerinnen und Bürger haben die Frage mit ja beantwortet und wollen eine eigene hauptamtliche Verwaltung mit einem eigenen hauptamtlichen Bürgermeister behalten. Lediglich 9,44% haben sich dagegen ausgesprochen.

Die Wahlbeteiligung lag trotz der widrigen Witterungsbedingungen mit **42,54%** überraschend hoch. Uns ist kein Bürgerentscheid in Schleswig-Holstein bekannt, der eine so hohe Wahlbeteiligung vorzuweisen hat.

Damit ist sowohl dem Ministerpräsidenten als auch dem Innenminister das Argument „Wir machen das für die Bürgerinnen und Bürger, denn die wollen das.“ aus der Hand geschlagen worden.

Besondere Bedeutung gewinnt dieses Ergebnis auch dadurch, dass der Innenminister am 23. Februar höchstpersönlich eine Einwohnerversammlung in Ellerau mit rd. 400 Bürgerinnen und Bürgern besucht hat, um dort für die Verwaltungsstrukturreform zu werben. Insbesondere Herr Dr. Stegner hat im Vorfeld immer wieder behauptet, er habe eine sehr klare Vorstellung davon was passiere, wenn man die Bürgerinnen und Bürger befragen würde, ob sie lieber einen Verwaltungsbeamten weniger und das eingesparte Geld in Kindergärten oder Feuerwehr stecken würde.

Dies hat er auch in der Einwohnerversammlung versucht deutlich zu machen und ist damit kläglich gescheitert.

Stattdessen vermittelt er den Eindruck, dass die Verwaltungsstrukturreform um jeden Preis durchgeboxt werden soll, quasi nur um der Reform willen. Dabei steht für Herrn Dr. Stegner bereits fest, wie der Landtag abstimmen wird - wie er gern bei jeder Gelegenheit immer wieder betont.

Dabei halten wir eine Verwaltungsstrukturreform grundsätzlich für richtig. Sie wird nur völlig falsch angefangen.

Statt als Maßstab für Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit eine starre Einwohnergrenze festzusetzen, sollten vom Innenministerium lieber Parameter entwickelt werden, um Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit von Kommunalverwaltungen messbar zu machen. Wir wären bereit, uns einem solchen „Benchmarking“ zu unterwerfen, weil wir davon überzeugt sind, zu den leistungsfähigsten Verwaltungen in Schleswig-Holstein zu gehören. Eine solche Vorgehensweise hätte zur Folge, dass auch größere Verwaltungen, die heute von dem Thema Verwaltungsstrukturreform gar nicht betroffen sind, ihre Schwachstellen aufdecken und dadurch am Ende wahrscheinlich wirklich und effektiv Geld einsparen könnten.

Sollten Sie diesem Vorschlag nicht folgen können, so sollte doch im Gesetz die Wahlmöglichkeit für Gemeinden zwischen 5.000 und 8.000 Einwohnern bestehen bleiben, wie sie derzeit in § 49 (2) der GO auch für Gemeinden zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern besteht.

Uns ist klar, dass der Bürgerentscheid, den wir hier in Ellerau durchgeführt haben, trotz des überragenden Ergebnisses keine rechtliche Auswirkung auf Ihr Abstimmungsverhalten hat und auch nicht haben kann. Aber dennoch denken wir, dass mit dem Ergebnis ein deutliches Signal gesetzt worden ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Reform in der vorgesehenen Weise nicht und wir möchten, dass Sie als unsere Volksvertreter im Landtag wissen, wie die Stimmung in der Bevölkerung wirklich ist.

Es gibt genügend Möglichkeiten, dem Willen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, ohne dass die Landtagsabgeordneten befürchten müssen, das Gesicht zu verlieren. Im Gegenteil; die Berücksichtigung des Wählerwillens wird der Politik wieder zu mehr Glaubwürdigkeit verhelfen.

Wir bitten Sie herzlich, bei der Verwaltungsstrukturreform Wege zu beschreiten, die den berechtigten Interessen der Gemeinden wie Ellerau ausreichend Rechnung trägt.

Mit freundlichen Grüßen

Exler  
Bürgervorsteher

Thormählen  
Bürgermeister